



Inhaltsverzeichnis

02.09.2025	NDR: Kernkraftwerk Lubmin: 16 Jahre Stromerzeugung - 50 Jahre Rückbau	3
02.09.2025	Bremer Nachrichten Bremen: Das Salz kommt wieder in die Erde	5
02.09.2025	Braunschweiger Zeitung: Empörung über AfD-Vorstoß in unserer Region NDR:	7

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



NDR

Kernkraftwerk Lubmin: 16 Jahre Stromerzeugung - 50 Jahre Rückbau

2. September 2025 06:19 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Stand: 02.09.2025 06:19 Uhr Radioaktive Belastungen sorgen für Verzögerungen beim Rückbau des Kernkraftwerks Lubmin im Landkreis Vorpommern-Greifswald. Die Kosten werden auf bis zu elf Milliarden Euro geschätzt.

von Martina Rathke

Im Mai 2006 wird der letzte Kernbrennstoff aus Block 3 des Kernkraftwerks Lubmin in das benachbarte Zwischenlager transportiert. Elf Jahre zuvor hatte der Rückbau des stillgelegten Atommeilers am Greifswalder Bodden begonnen. Die optimistischen Prognosen damals: 2012 soll das DDR-größte Kernkraftwerk, das im Juli 1974 seinen Leistungsbetrieb aufgenommen hatte und 1990 wegen Sicherheitsbedenken vom Netz genommen worden war, komplett bis zur "Grünen Wiese" zurückgebaut sein. Die Gesamtkosten wurden auf drei bis fünf Milliarden Euro geschätzt.

Rückbau Mitte der 2040er Jahre abgeschlossen?

Die Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Im Jahr 2025 - also 30 Jahre nach der Genehmigung des Rückbaukonzeptes - steckt das bundeseigene Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN) als Eigentümer noch immer in der Dekontamination und der Demontage der Gebäude. "Wir sind jetzt gerade dabei, die Planungen zu überarbeiten, gehen aktuell davon aus, dass wir Mitte der 2040er Jahre hier mit dem Rückbau fertig sind am Standort", sagt der Kaufmännische Geschäftsführer Markus Lindner. Eine ernüchternde Bilanz.

Ungeahnte Kontaminationen

Im Spezialgebäude 1 zeigen sich die Probleme: In diesem Gebäudekomplex mit teils meterdicken Betonwänden wurden während des Betriebs zwischen 1974 und 1990 radioaktiv belastete Abwässer aus dem Kontrollbereich gelagert - Flüssigkeiten beispielsweise aus dem Notkühlsystem. Ein Teil der Flüssigkeiten ist in den Beton von Wänden und Boden eingedrungen und hat diesen kontaminiert. "Wir wussten zwar, dass wir eine Kontamination im Gebäude haben, aber wir wussten überhaupt nicht, in welcher Tiefe, in welcher Verteilung die Kontamination sich hier ausgewirkt hat", sagt Ronald Zimmer, der die Abteilung Strahlenschutz leitet.

Frischer Beton für den Abriss Mitarbeiter in Schutzkleidung nehmen Bohrproben und kontrollieren die

Oberflächen auf Belastung.

Seit 2013 wird dieses Gebäude "radiologisch bewertet". Mitarbeiter in Schutzkleidung nehmen Bohrproben und kontrollieren hier jeden Zentimeter der Oberflächen mit sogenannten Kontaminationsmonitoren und Dosismessgeräten auf Belastung. Die Kontamination ist größer als ursprünglich angenommen. An einigen Stellen überschreitet sie die für eine Freimessung geltenden Grenzwerte um mehr als das 100-fache. Dieser Beton darf nicht auf Sondermülldeponien, muss entweder zur Abklinglagerung ins Zwischenlager oder wenn dies nicht ausreicht in ein **Endlager**, erklärt Zimmer. Teilweise wurde er unter großen Sicherheitsvorkehrungen bereits entfernt und zwischengelagert. Um die Statik nicht zu gefährden, musste frischer sogenannter Abschirmbeton eingebracht werden - in ein Gebäude, das für den Abriss bestimmt ist. Im September erwartet die **EWN** GmbH nun endlich die Genehmigung des Abbruchkonzeptes.

Bund hat Mittel gekürzt

Doch nicht nur unbekannte radioaktive Belastungen im Beton sorgen für Verzögerungen. "Hinzu kamen Herausforderungen budgetseitiger Art aus dem Bundeshaushalt", sagt Lindner. Im Zuge der angespannten Haushaltslage durch die Corona-Pandemie und hohen Energiekosten infolge des Ukrainekrieges hatte der Bund die jährlichen Mittel für das **EWN** herunter gefahren: von 220 auf 194 Millionen Euro. Das hatte Auswirkungen auf den Stellenplan. 80 Zeitarbeiter, die mit Stemmarbeiten befasst waren, habe man nicht weiter beschäftigen können. Immerhin rechnet die **EWN** GmbH für 2026 wieder mit mehr Geld vom Bund.

Materialstau im Zwischenlager?

Eine weitere Unbekannte: die inzwischen auf Anfang der 2030er Jahre hinausgeschobene Öffnung des Schacht Konrads, dem **Endlager** für schwach- und mittelradioaktiven Abfall in Deutschland. Dies könne für Verzögerungen beim Rückbau in Lubmin sorgen, denn hier sei das Zwischenlager bereits sehr gut gefüllt. Kommt das Material nicht weg, könne auch nicht weiter abgerissen werden.

Lubmin als Blaupause für **AKW-Rückbau**

In Lubmin begann der Rückbau vor 30 Jahren. Die Demontage des **KKWs** gilt als Blaupause für den Rückbau von **Atomkraftwerken** in Deutschland, deren Betreiber sich ambitionierte Zeitpläne gesetzt haben. Man sei im Austausch, sagt **EWN**-Chef Lindner. Das Thema der Gebäudedekontamination werde auch die Standorte der privaten Energieversorger beschäftigen. Jedes zusätzliche Jahr für den Rückbau kostet in Lubmin rund 120 Millionen Euro. "Ich gehe derzeit davon aus, dass wir so zwischen zehn und elf Milliarden Gesamtkosten für das Gesamtprojekt hier in Lubmin benötigen werden", sagt Lindner. Das Rückbauziel "Grüne Wiese" ist jetzt für Mitte der 2040er Jahre angesetzt. Damit würde der Rückbau 50 Jahre dauern - für 16 Jahre Stromerzeugung.

Dieses Thema im Programm: NDR 1 Radio MV | Nachrichten aus Mecklenburg-Vorpommern | 02.09.2025 | 06:00 Uhr

Das Salz kommt wieder in die Erde

In Gorleben wird das Endlagerbergwerk für immer geschlossen

Gorleben. In der Nacht hat es etwas geregnet. Das Moos ist feucht, an den Spitzen der Kiefernadeln glitzern kleine Tautropfen. Letzte Nebelschwaden ziehen durch die Bäume ab. Vögel zwitschern, sonst ist es an diesem Morgen still im Wald hinter Gorleben. Ein paar Kilometer weiter, wo die Straße ins Nachbardorf Gedelitz eine Rechtskurve beschreibt, zeigt sich ein anderes Bild. Motorengerumm ist zu hören, auf einer großen Lichtung rangieren Lastwagen, einige schleppen Container über das Gelände. Hier, auf dem Gelände des sogenannten Erkundungsbergwerks Gorleben, wurde der unterirdische Salzstock Jahrzehnte lang auf seine Eignung als Atommüllendlager untersucht.

Oberirdische Anlagen abgerissen

Trotz des Nebels lässt sich erkennen, wie sehr sich die Silhouette des Bergwerks in den vergangenen Monaten verändert hat. Die Verladeanlage ist verschwunden, sie wurde mitsamt dem brückenähnlichen Übergang zum Turm abgebrochen. Der Grund: Gorleben schied im Herbst 2020 aus den von Atomkraftgegnern immer wieder vorgebrachten geologischen Gründen aus. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), Betreiber des Gorlebener Bergwerks, hat deshalb die oberirdischen Anlagen Stück für Stück abgerissen, die Infrastruktur unter Tage abgebaut – und ist jetzt dabei, die Grube mit Salz zuzuschütten.

Bislang kamen rund 100.000 Tonnen des einst an die Oberfläche geholten Salzes wieder in die Erde. Im Lauf der Zeit hat sich das auf einer riesigen Halde aufgeschüttete Material verdichtet, durch den Einfluss der Witterung ist

es wieder steinhart geworden. Es lässt sich deshalb nur noch mit Fräsen lösen und transportfähig machen. Die von einem beauftragten Firmenkonsortium durchgeführten Arbeiten seien schwierig, räumt die BGE ein, sie gingen aber trotzdem gut voran. Das Salz sei an bislang 150 Arbeitstagen von der neben dem Bergwerk aufgeschütteten Halde abgetragen und mit 6789 Containern zurück in das Bergwerk gebracht worden.

Unter Tage wurde und wird das Salz für die Verfüllung der Strecken, also der unterirdischen Tunnel mit Radladern und kleinen LKW an seinen Bestimmungsort gebracht. Dort angekommen, übernimmt eine Kettenraupe: Sie türmt das lose Material möglichst dicht bis unter die Decken, bergmännisch Firste genannt. "Die Verfüllung läuft zurzeit erfreulich reibungslos, wir liegen gut im Plan", sagt BGE-Projektleiter Torsten Rabe. Für die Verfüllung der restlichen Strecken müssen nach seinen Angaben noch weitere rund 200.000 Tonnen Salz nach unter Tage gebracht werden. „Wenn keine größeren technischen Probleme auftreten, gehen wir davon aus, dass die Verfüllung der Strecken im ersten Halbjahr 2027 abgeschlossen sein wird.“ Anschließend steht die Verfüllung der beiden Schächte an, also der senkrecht in die Tiefe führenden Röhren. Dafür kalkuliert das Team um Rabe mit rund 94.000 Kubikmetern Verfüllmaterial. Dabei handelt es sich allerdings nicht um Salz, sondern im Schotter, Ton und Kiessand.

Für Wolfgang Ehmke, den langjährigen Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, ist es „eine wirklich gute Nachricht“, dass das Berg-

werk zugeschüttet wird. Die Atomkraftgegner hatten dies immer wieder verlangt, seit der Gorlebener Salzstock vor fünf Jahren aus dem neu aufgerollten Suchverfahren für ein Atommüllendlager flog. Nur so lasse sich verhindern, dass noch einmal auf den Salzstock zurückgegriffen werde, falls die Suche stocke.

Mauerrest soll bleiben

Ehmke verlangt aber, dass beim Rückbau des Bergwerks auch Naturschutzbelange berücksichtigt werden müssten. „Wir haben vorsorglich der BGE einen entsprechenden Katalog schützenswerter Flora und Fauna zukommen lassen“, sagt er. Wünschenswert sei überdies der dauerhafte Erhalt eines Mauerteils, der beim – bereits erfolgten – Abriss der Überwachungsanlagen stehen blieb. „Dieser Mauerrest mit den Graffiti, die von der bewegten Geschichte des Gorleben-Widerstandes zeugen, muss ein Denkmal für die industriepolitische Fehlentwicklung des letzten Jahrhunderts werden.“

Auf der anderen Seite der Straße stehen die beiden Gorlebener Zwischenlager für Atommüll und eine sogenannte Pilotkonditionierungsanlage. Die Sonne hat inzwischen den Dunst vertrieben. Im Autoradio läuft eine Reportage über die verheerenden Waldbrände in Spanien. Mit Blick auf die Zwischenlager hat Wolfgang Ehmke vor Gefahren durch mögliche künftige Feuer in Gorleben gewarnt: „Bei der Waldbrandbekämpfung und dem vorbeugenden Waldbrandschutz muss unbedingt berücksichtigt werden, dass im Gorlebener Tann heute 113 Behälter mit hoch radioaktiven Abfällen gelagert werden.“

Wörter: 642
Autor/-in: Reimar Paul
tmt5qpj06hwcs218jeih40k
Seite: 12
Ressort: NIEDERSA
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage: 3.986 (gedruckt)¹
4.627 (verkauft)¹
5.013 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,01746 (in Mio)²

¹ von PMG gewichtet 07/2025

² von PMG gewichtet 7/2024

Empörung über AfD-Vorstoß in unserer Region

Eishalle, Freibäder, Hospizzentren: In Salzgitter und bei Wolfenbüttel kommen Millionen über die Atommüll-Fonds an.

Andre Dolle

Salzgitter Das ist ein Vorgeschmack darauf, sollte die AfD jemals Teil der Bundesregierung werden: Die Partei würde den Asse-Fonds und auch den Fonds für Schacht Konrad streichen. Das geht aus Bundestags-Anträgen hervor, die unserer Zeitung vorliegen. Demnach hält die AfD nichts von den Millionen-Kompensationen für das Atommüll-Lager Asse in Wolfenbüttel und das geplante Endlager Schacht Konrad in Salzgitter.

Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel (CDU) reagierte auf Nachfrage emotional. „Dieser AfD-Antrag im Bundestag macht mich wirklich ärgerlich. Vier Jahre lang – von 2007 bis 2011 – habe ich höchstpersönlich und alleine mit den seinerzeitigen Bundesumweltministern Sigmar Gabriel und Norbert Röttgen sowie Ministerpräsident David McAllister in vielfältigen Gesprächen hart um einen Millionen-Nachteilsausgleich für Salzgitter erfolgreich gerungen.“ Das bleibt auch erst mal so. Die AfD ist zwar zweitstärkste Kraft im Bundestag. Ihre Anträge wurden aber abgelehnt. Seit 2012 gelangten über den Konrad-Fonds mehr als 22 Millionen Euro nach Salzgitter. Mehr als 900 Projekte wurden alleine in Salzgitter über die Atommüll-Fonds gefördert, darunter viele, viele kleine Projekte mit 20.000 Euro und weniger. Eine eigene Stiftung wurde gegründet – ebenso wie bei der Asse. Klingebiel sagte dazu: „Das gesellschaftliche Leben in unserer Stadt und den Gemeinden Lengede und Vechelde hat sich in seinen ehrenamtlichen Strukturen belebt und zukunftsfähig aufgestellt.“ Der AfD-Antrag im Bundestag sei ein „Schlag ins Gesicht“ jedes Vereines, jedes Verbandes oder jeder Institution in Salzgitter und in

den Gemeinden Lengede und Vechelde. „Unfassbar, welchen Flurschaden die AfD-Bundestagsfraktion den Menschen bei uns vor Ort antun will“, so Klingebiel.

Salzgitters OB nannte einige besondere Projekte, die es ohne die Unterstützung aus dem Konrad-Fonds nicht gegeben hätte. Darunter zählte er den Neubau der Wasserrettungsstation am Salzgittersee durch die DLRG Ortsgruppe Lebenstedt (für knapp eine Million Euro) oder die Erneuerung des Kunstrasenbelages des SV Glückauf Gebhardshagen (mehr als 220.000 Euro). Zudem gab es zusätzliche Umkleiden an der Eissporthalle am Salzgittersee (knappe 400.000 Euro), die Sanierung des Vereinsheimes des Kleingartenvereines Ringelheim (mehr als 110.000 Euro) oder die Modernisierung des Schießstandes des Groß- und Kleinkaliber Schützenvereines Üfingen (mehr als 200.000 Euro).

Auch Wolfenbüttels Landrätin Christina Steinbrügge (SPD) reagierte ziemlich angefasst. Sie sprach von einem „unglaublichen Vorgang“. Seit 2015 kamen über den Asse-Fonds sogar 33 Millionen Euro zusammen. Steinbrügge sagte: „Die Bereitstellung dieser Mittel signalisiert, dass die Belastungen und Sorgen der Menschen ernstgenommen werden. Die Mittel unterstützen die Akteure im Landkreis Wolfenbüttel, ihr unmittelbares Lebensumfeld zu verbessern, ein gutes Miteinander zu fördern und ihre Zukunft aktiv zu gestalten.“

Dieses Signal aber ist der AfD ein Dorn im Auge. Es wirkt wie ein Eingeständnis, dass Endlager gefährlich sind. Ein Sprecher der AfD-Fraktion sagte auf Nachfrage: „In Ländern wie Finnland, in denen die Medien – anders als in Deutschland – keine irrationalen Ängs-

te gegen die Kernenergie erzeugt haben, bewerben sich viele Kommunen als Standort für ein Endlager. Gründe dafür sind insbesondere die dadurch entstehenden Arbeitsplätze sowie die damit verbundenen Steuereinnahmen. Diese Vorteile sollten die deutschen Standortgemeinden auch zu schätzen wissen.“

Auch viele, viele Projekte im Landkreis Wolfenbüttel hätte es mit der AfD so nicht gegeben. 2,3 Millionen Euro gab es für die Sanierung des Freibades Remlingen, 744.000 Euro für die Errichtung des Hospizzentrums in Wendessen. 400.000 Euro kamen aus dem Fonds für die Innovationsförderung und Gründungsunterstützung im Landkreis Wolfenbüttel, 275.000 Euro für die barrierefreie und generationenübergreifende Umgestaltung des Till-Eulenspiegel-Museums in Schöppenstedt. 100.000 Euro gab es für den Umbau, die Gestaltung und Ausstattung der Samsonschule in Wolfenbüttel als Gedenk- und Begegnungsort.

Die beiden Bundestagsabgeordneten Reza Asghari (CDU) und Dunja Kreiser (SPD) aus dem Wahlkreis Salzgitter-Wolfenbüttel sind Mitglieder im Umweltausschuss. Der Ausschuss lehnte die AfD-Anträge am Montag mehrheitlich ab. Asghari war der Berichtserstatter im Umweltausschuss. Er sagte: Die AfD raubt mit solchen unsinnigen Anträgen unsere Zeit. Die Partei macht sich keine Gedanken um die Belange der Bürger.“

Geht es nach der AfD, würde die Suche nach einem Endlager für hoch radioaktiven Atommüll in Deutschland sofort gestoppt. Die Suche kostete 50 Millionen Euro im vergangenen Jahr und 63 Millionen Euro im laufenden Jahr.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit Sitz in Peine sucht nach dem bestmöglich geeigneten Standort. Die AfD will, dass das Erkundungsbergwerk Gorleben zum Endlager wird. Es wurde von der BGE als ungeeignet ein-

gestuft. Wie bei der Asse handelt es sich um ein marodes altes Bergwerk.

Asghari sagte deshalb: „Die AfD vertritt eine reaktionäre Sichtweise. Mit ihr geht es vom Stand der Wissenschaft zurück in die 70er oder 80er Jahre.“

Auch Kreiser lies kein gutes Haar an der AfD. „Sie liefert hanebüchene Begründungen“, sagte sie zur AfD. „Wir lehnen das alles logischerweise ab, diesen Quatsch.“

Wörter:	777	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Andre Dolle	Nummer:	204
Seite:	9	Ausgabe:	Hauptausgabe
Ressort:	Niedersachsen	Auflage:	18.977 (gedruckt) ¹
Medienkanal:	PRINT		23.618 (verkauft) ¹
Mediengattung:	Tageszeitung		23.872 (verbreitet) ¹
Medientyp:	PRINT	Reichweite:	0,07676 (in Mio) ²

¹ von PMG gewichtet 07/2025

² von PMG gewichtet 7/2024